

Volksinteresse und Massenaktion.

Durch die moderne Entwicklung des Kapitalismus, die den Kampf der Klassen verschärft, werden die Massenaktionen immer mehr zu den wichtigsten politischen Kräften, die die Geschichte der Völker bestimmen. Daher ist es für das kämpfende Proletariat von größtem Interesse, das Wesen, die Bedingungen und die Wirkungen dieser Aktionen klar zu erkennen.

Unsere Feinde, denen bei solchen neuen Kampfmitteln des Proletariats, deren Kraft sie zwar nicht kennen, aber doch instinktiv fürchten, etwas unheimlich zumute wird, suchen sie als Zeichen sittlicher Verborbenheit zu verdonnern. Den reaktionären und staatsfrommen Anbetern der Autorität sind solche Aktionen eine moderne Form der Rebellion gegen unsere Reichsherrschaft; die liberalen Fortschrittler klagen sie als einen Verstoß gegen die Demokratie, als einen Beweis mangelnden demokratischen Empfindens an. Denn beide sind sich darin einig, daß die Massenaktionen Veruche einer Minderheit darstellen, der Mehrheit des Volkes gewaltsam ihren Willen aufzuzwingen.

So sehr aber die bürgerliche Welt aller Richtungen sich darin einig ist, so sehr ist sie im Unrecht. Sie läßt sich durch die Erinnerung an ihre eigene Geschichte irreführen, in der die Gewalt immer das Mittel der Minderheit war, die Volksmehrheit zu unterwerfen und die heutige Staatsordnung zu festigen. Aber die Praxis jeder proletarischen Massenaktion kann ihr zeigen, daß das für die proletarische Volksmasse nicht mehr gilt. Die Mittel, die sie anwendet, bleiben völlig innerhalb der gesetzlichen bürgerlichen Ordnung. Denn welches sind diese Mittel? Versammlungen, Züge durch die Straßen, öffentliche mit Fahnen und Schildern, schließlich die Arbeitsniederlegung — alles die unbedrittensten, erlaubtesten, gesetzlichsten Dinge der Welt. Nur dadurch kann die herrschende Klasse ihnen einen Schein der Ungefährlichkeit geben, daß sie selbst zuerst, z. B. durch Besetzungszustand, willkürliche Verbote oder Entziehung des Streikrechts den Boden der bürgerlichen Ordnung verläßt. Darin liegt die Kraft dieser wie jeder proletarischen Kampfmethode — denn auch die Kraft des Parlamentarismus beruht darauf — daß sie ohne die geringste Verletzung der Rechtsgrundlagen der bürgerlichen Gesellschaft ihre volle Macht entfalten kann.

Ist es also mit der Gewalttätigkeit der Massenaktionen nichts, so ist es ebensowenig richtig, daß sie eine Aktion der Minderheit bilden, die die Volksmehrheit zu terrorisieren sucht. Umgekehrt beruht die Kraft der Massenaktion darauf, daß sie das Interesse der weitesten Volkskreise vertritt. Nur die Lebensinteressen der großen Volksmasse, der Volksmehrheit, sind geeignet, als Lösung und Anlaß zu Massenaktionen zu dienen.

Nun gilt dasselbe allerdings für die ganze sozialdemokratische Politik; denn sie vertritt auch das Interesse der Massen, der Mehrheit. Aber hier ist das Volksinteresse in der Gestalt eines allgemeinen Programms, eines vollendeten Ideensystems, einer neuen Weltanschauung ausgedrückt, die zu den alten überklüfteten Ideologien in Widerspruch stehen. Den ganzen Sozialismus anerkennen, sei es auch nur durch die einfachste Tat des roten Stimmzettels, erfordert schon mehr Nachdenken, mehr Ueberwindung alter Ideen als das Erkennen eigenen Interesses in einer einfachen praktischen Frage. Kautsky hat in seinem Werke „Parlamentarismus und Demokratie“ darauf hingewiesen, wie darin gerade die Bedeutung des parlamentarischen Kampfes liegt im Gegensatz zu der direkten Volksabstimmung über Gesetze. Denn er nötigt die Menschen, tiefer nachzudenken und die Wahl zwischen den Parteien zu treffen auf Grund ihrer gesamten Haltung bei allen Fragen, und darin liegt der politisch erzieherische Wert des Parlamentarismus.

Bei den Massenaktionen kommt es jedoch darauf an, ein direktes Resultat in einer Einzelfrage zu erzielen. Da tritt die Macht einer einfachen klaren Lösung hervor, die von den Massen rasch als ihr Interesse erkannt wird, ohne daß eine große politische Durchbildung oder sozialistische Einsicht nötig ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter bilden die Vorhut, die Kerntuppen, die die Lösungen aufstellen und ausgeben und daher die Initiative und die Führung im Kampfe haben. Aber diese Lösungen bilden die unmittelbarsten offensichtlichsten Lebensinteressen der großen Masse; nur deshalb kann sie sich anschließen und kann die Aktion zur Massenaktion werden. So ist die Lösung des Wahlrechtskampfes, das allgemeine Wahlrecht für Preußen, sicher ein Interesse der ganzen großen unbemittelten Volksmasse, die jetzt entrecht wird. Der Kampf gegen die Teuerung geht nicht bloß die kämpfenden Arbeiter an, sondern die weitesten Volkskreise bis weit in die bürgerliche Welt hinein. Und auch die Kriegsgefahr bedroht die Lebensinteressen der ungeheuren Volksmehrheit, so daß unsere Lösung „Nieber mit dem Krieg!“ ein Echo weit außerhalb der Grenzen unserer Partei finden wird.

Diese Tatsache, daß die Lösungen der Massenaktionen Zustimmung in Volkskreisen finden können, die sonst politisch noch nicht für die Sozialdemokratie gewonnen sind, führt bisweilen zu der falschen Auffassung, als führen wir darin zusammen mit einem Teil unserer bürgerlichen Gegner — den fortschrittlichen Liberalen — einen Kampf gegen den anderen Teil der herrschenden Klasse — die reaktionären Junker. Dieser Auffassung liegt die sonderbare Idee zugrunde, daß die von uns noch nicht gewonnenen Massen von Natur aus der bürgerlichen Partei angehören, für die sie zuletzt stimmten, und daß die Teilnahme dieser Massen an unseren Aktionen unsere Bundesgenossenschaft mit jener Partei bedeutet. Sie gehört zu der bekannten revisionistischen Theorie, daß ein Teil der Bourgeoisie die Reaktion der Junker drückend empfindet, daß er mit dem Proletariat zusammen Reaktion und Junkerherrschaft beseitigen und einen freien, fortschrittlichen, liberalen arbeiterfreundlichen Kapitalismus etablieren wird.

Die Unhaltbarkeit dieser Theorie ist schon oft genug dargestellt. Die Reaktion und die Junkerherrschaft wurzeln nicht in der Rückständigkeit, sondern in der hohen Entwicklung des deutschen Kapitalismus. Die Bourgeoisie braucht eine starke reaktionäre Regierungsgewalt gegen die schwelende proletarische Macht; sie befindet sich in der Lage der Bürger einer belagerten Stadt, die sich von dem Militär regieren und

viele gefallen lassen muß. Sie mag die Junker hassen und auf sie schimpfen, aber die Furcht vor dem Proletariat lähmt jeden Versuch, sie ernsthaft zu bekämpfen. Rechts mag ein Gegner stehen, aber links steht der Feind! Wie sehr diejenigen, die im Kampfe gegen die Reaktion auf den liberalen Teil der Bourgeoisie rechnen, sich falschen Illusionen hingeben, hat vor kurzem der Mannheimer Parteitag der Fortschrittspartei gezeigt.

Eingermahnen anders mag es für einige Theoretiker des Liberalismus liegen, denen der politische Kampf gegen das Junkertum als ein Kampf abstrakter Anschauungen erscheint. Sie mögen ein bißchen das Zusammengehen mit den Sozialpredigern, vor allem, wenn damit die Massen eingelullt werden können. Aber sobald die Theorie zur Praxis werden soll, ziehen die harten Tatsachen des Klassenkampfes ihrer Politik eine Grenze, die die Theorie zur Phrase macht.

Völlig anders liegt die Sache jedoch für die Massen, die hinter ihnen stehen. Ihnen fehlt die politische Einsicht, daß sie zu uns gehören. Zum Teil ist das in ihrer Klassenlage begründet; die Mittelschichten des Kleinbürgertums und der Angestellten haben zwar manchen proletarischen Zug, aber zugleich steckt in ihren ökonomischen Verhältnissen so viel Bürgerliches, daß sie sich nur langsam und schwer in der sozialistischen Weltanschauung zurechtfinden. Ihre Ideen sind bürgerlich, aber ihre wesentlichen praktischen Interessen haben sie mit dem Proletariat gemeinsam. In den Zielen der Massenaktionen tritt ihnen selbst diese Gemeinsamkeit klar vor die Augen; diese Aktionen bilden daher eine Brücke, über die sie ähnlich wie die fernstehenden Arbeiterschichten den Weg zu uns finden. Sie schließen sich nicht etwa an, weil sie bürgerlich-freistündlich sind und daher mit uns zusammengehen wollen, sondern sie schließen sich an, weil unsere Ziele auch ihre Interessen sind, weil sie, obgleich bürgerlich an Ideen, doch in hohem Maße proletarisch an Charakter sind. Ihre Teilnahme an den Massenaktionen bedeutet nicht, daß die Partei, für die sie stimmten, mit uns geht, sondern es bedeutet, daß wir sie dieser Partei abspenstig machen.

Was in den Massenaktionen verfochten wird, ist das Interesse der großen Volksmasse, die sich deshalb auch im Laufe der Aktion immer kräftiger beteiligt. Weil aber die Sozialdemokratie die Führerin in diesen Aktionen ist, wirken sie zugleich dahin, die Massen immer mehr für unsere Partei zu gewinnen.

Aus der Partei.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens

findet am Montag, den 6. Januar 1913 und folgende Tage im Saal IV des Berliner Gewerkschaftshauses, Berlin, Engel-Ufer 16, statt.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Bericht des geschäftsführenden Ausschusses. Referent: Genosse Eugen Ernst.
2. Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Genosse Heinrich Ströbel.
3. Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen. Referent: Genosse Paul Hirsch.
4. Die Landarbeiterfrage in Preußen. Referent: Genosse Georg Schmidt-Berlin.
5. Die Sozialpolitik im preussischen Landtage. Referent: Genosse Robert Reinert.
6. Beratung der eingehenden Anträge.

Für die Besichtigung des Parteitags gelten folgende Bestimmungen des Statuts:

Zur Teilnahme an dem Parteitag sind berechtigt:

- a) Die Delegierten der Wahlkreise. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliedszahl. Es können gewählt werden: in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12000 vier, bis 18000 fünf und über 18000 sechs Delegierte. Die Vertretung richtet sich nach der vom deutschen Parteivorstand auf Grund der abgeführten Beiträge festgestellten Mitgliedszahl. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.
- b) Die sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Preußens.
- c) Die Landeskommission und der Geschäftsführende Ausschuss.
- d) Der Parteivorstand.

Alle Anträge sind spätestens bis Montag, den 18. Dezember 1912 an Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, einzuliefern.

Die Namen der gewählten Delegierten bitten wir möglichst frühzeitig an Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 80, einzuliefern, damit ihnen die Vorlagen und das sonstige Material vor dem Parteitag zugesandt werden können. An diese Adresse sind auch alle Wünsche, die das Lokal Komitee betreffen, zu richten. Die Mandatsformulare werden den Bezirkssekretären rechtzeitig zugesandt.

Mit Parteigruß!

Die Parteileitung Preußens.

Der Parteitag der oberen Rheinprovinz,

umfassend die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Trier, Koblenz und das Fürstentum Birkenfeld, wurde in Bonn abgehalten. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Wolfenbühler erschienen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Protestresolution gegen den Krieg einstimmig angenommen, nach der der Parteitag erwartet, daß die Sozialisten aller europäischen Länder umfangreiche Friedenskundgebungen veranstalten und dadurch den entschlossenen Willen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, das Balkanfeuer zu dämpfen und vor allem sein Uebergreifen auf andere Staaten zu verhindern.

Aus dem Bericht der Bezirkskommission ist folgendes mitzuteilen: In dem Bezirk, der die sichersten Kreise des Zentrums umfaßt, stiegen die sozialdemokratischen Stimmen von 60 825 auf 87 378, also um 26 553, während die Zentrumstimmen um 3000 zurückgingen. Das wichtigste Ereignis war die Eroberung Kölns, des deutschen Roms. Die Organisationsarbeit hatte auch sonst große Erfolge. Die Zahl der politisch Organisierten stieg im Bezirk von 11 368 auf 14 869; darunter 1588 weibliche. Die Einnahmen des Bezirksauschusses beliefen sich auf 10 986, die Ausgaben auf 18 898 Mark; bei der Reichstagswahl wurden weitere 16 617 Mark ausge-

geben. Im Bezirk gibt es in zwei Städte sechs sozialdemokratische Stadtverbände und in acht Landgemeinden 11 Gemeindevertreter. Ueber die Reichstagswahlen und ihre Lehren hielt Genosse Hirsch ein eingehendes Referat. Ueber die rheinische Landgemeindevorbereitung sprach Genosse Meerfeld. In einer einstimmig beschlossenen Resolution sprach der Parteitag seine Enttäuschung darüber aus, daß die preussische Regierung und die reaktionären Parteien des Landtages jede ernsthafte Reform der rheinischen Landgemeindevorbereitung zu vereiteln suchen. Der Parteitag wiederholte die folgenden Forderungen, die schon im Jahre 1900 der Direkter Parteitag aufgestellt hatte:

1. Die volle Einführung des Grundgesetzes der Einwohnergemeindevorbereitung statt der Bürgergemeindevorbereitung;
 2. Die Einführung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Verhältniswahlrechts für alle Gemeindevorwahlen unter Berücksichtigung aller Besitzverhältnisse;
 3. Die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Gemeinderatsverhandlungen;
 4. Die Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrates auf das Recht der Kenntnisnahme und der Beanstandung ungesetzlicher Gemeindevorwahlen;
 5. Die Wahrung des Rechtes zur Einführung der Städteordnung an alle Gemeinden über 5000 Einwohner;
 6. Wahl der Bürgermeister und Beigeordneten durch die Einwohnergemeinschaft statt der Ernennung durch die Oberpräsidenten.
- Es folgte dann das Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Paul Hirsch über die preussischen Landtagswahlen im Jahre 1912. Genosse Hirsch polemisierte u. a. gegen den bekannten Vorschlag Eisers und kam zu dem Schluss, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zu dem Eiserschen Vorschlag die Führung im Wahlkampf behalten müsse.

Damit hatte der Parteitag sein Ende erreicht.

Verhöhnung. Wegen Verhöhnung hatte sich am Donnerstag der Verantwortliche der Leipziger Volkszeitung, Genosse Oswald, vor dem Schöffengericht in Görlitz zu verantworten. Er hatte eine Kollage aus Weiswasser aufgenommen, in der zwei Gerichtsbeschlüsse gegenübergestellt waren: Ein Generaldirektor, dessen Einkommen auf mindestens 150000 Mk. jährlich geschätzt wird, erhielt wegen persönlicher Verleumdung eines im öffentlichen Leben stehenden Mannes 10 Mk. Geldstrafe; dagegen wurde ein Lagerhalter, der als Herausgeber eines Wahlflugblattes ohne nähere Angabe von Personen das Wort Clown gebraucht hatte, zu 50 Mk. Strafe verurteilt. An diese Gegenüberstellung war die Bemerkung geknüpft: „Aber trotzdem ist jeder Preusse vor dem Gesetz gleich; Klassenjustiz gibt es nicht.“ Durch die letzten Worte soll der Amtsgerichtsvorsitzende beleidigt worden sein und der Landgerichtspräsident in Görlitz stellte Strafantrag. Das Urteil lautete auf 60 Mk. Strafe, womit für jedermann der schlüssige Beweis geliefert ist, daß es in Preußen-Deutschland in der Tat keine Klassenjustiz gibt.

Ein russisches Diskussionsorgan. Aus Paris wird uns geschrieben: Die vom Genossen Kubanowitsch redigierte Tribune Russe, die vor einiger Zeit eingestellt worden war, wird wieder regelmäßig erscheinen. Sie bleibt nach wie vor ein Organ der Sozialrevolutionäre, aber es ist sehr bemerkenswert, daß sie auch Vertreter der anderen sozialistischen Richtungen ihre Spalten öffnet. So finden wir in der soeben herausgegebenen ersten Nummer der neuen Serie neben einem Artikel „Der Boykott der Duma“ des Sozialrevolutionärs Maximow einen Artikel des Genossen Martow über „die russische Sozialdemokratie und die Wahlen“. In den trübsten Verhältnissen der russischen sozialistischen Organisation wirkt dieses verträgliche Nebeneinander schon wie ein Lichtstrahl.

Aus der Umgebung.

Vertrauensmännerwahl der Angestelltenversicherung in der Amtshauptmannschaft Borna.

Da diese amtliche Stelle nach dem Einreichen der Kandidatenliste der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten eine andere Buchstaben-Bezeichnung dieser Liste hat eintreten lassen, so werden die wahlberechtigten Angestellten ersucht, darauf zu achten, daß die Stimmzettel der Freien Vereinigung den Buchstaben F tragen. Sollte ein Kollege nicht mehr in der Lage sein, sich einen neuen Stimmzettel zu besorgen, so hilft man sich damit, daß man auf dem H-Zettel den Buchstaben in F umändert. Wenn dies deutlich geschieht, dann ist der so verbesserte Stimmzettel ohne weiteres gültig. Im Behinderungsfalle genügt auch ein einfaches Stückchen weißes Papier mit der Aufschrift: „Wahlvorschlag F der Freien Vereinigung“. Ausdrücklich und wiederholt sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Wahl geheim ist. Daß niemand — kein Wahlleiter, Prinzipal, Vorgesetzter oder Auspaffer — sieht, wen der Angestellte wählt. Im Wahllokal erhält man einen amtlichen Umschlag vom Wahlvorsteher und zieht dann abseits seinen Stimmzettel aus der Tasche. Versäume niemand, am Montag zur Wahl zu gehen! Scheue niemand trotz der ungünstig gelegten Wahlstunden die kleine Mühe des Wählens!

In Röttha sind F-Stimmzettel auch noch bei den Lagerhaltern im Konsumverein zu entnehmen.

Zur Vertrauensmännerwahl der Angestelltenversicherung in der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Die Wahl der Vertrauensmänner und Erfahrmänner zu dieser neuen Versicherung findet in der Leipziger Amtshauptmannschaft am morgigen Sonntag, und zwar von 1 bis 4 Uhr nachmittags statt. Zu diesem Zweck ist die Amtshauptmannschaft in Stimmbezirke eingeteilt, und zwar wird gewählt in: Zwenkau im Rathaun für die Orte und Ortschaften Zwenkau, Böhlen, Jnnitz, Kleinölsitz, Kleinfortwitz, Rößlsdorf, Rößlsdorf, Rüssen und Pöschwitz; Bösdorf in Frankes Gasthof für Bösdorf, Euthra, Großdörsitz, Hartmannsdorf, Knauthain, Knautnaundorf, Kulkwitz, Neßbach, Seedenitz, Teilschütz; Großschöcher-Windorf im Gemeindecamt für Großschöcher-Windorf, Albersdorf, Knautleeberg; Gaußsch im Gemeindecamt für Gaußsch, Dörsch, Prödel, Jöbzig, Cospuben, Lauer; Gaußsch im Rotaun für Gaußsch, Groß- und Proßdeuben, Gröbern, Dörsch, Göhren, Göltschen, Großstädteln, Rillen, Rößlsdorf, Stöbna, Tausberg, Jelmern; Marktleber im Rathaun für Marktleber, Waghau, Großewitz, Dörsch, Seßwitz; Leutzsch im Gemeindecamt für Leutzsch und Bausane; Liebertswitz im Ratseller für Liebertswitz, Dreißkau, Großpöbna, Gildengasse, Rödgen, Störnthäl, Meusdorf, Oberholz;